Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache Nr. 1129

Der Bundesminister
der Finanzen
II A H 1010 - 143/50

Bonn, den 20. Juni 1950

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: Übersicht über die über- und außerplanmäßigen Haushaltsausgaben im II. und III. Vierteljahr 1949.

Bezug: - Ohne -
- 1 Anlage -

Auf Grund § 33 Absatz 1 letzter Satz Reichshaushaltsordnung wird eine Übersicht über die über- und außerplanmäßigen Haushaltsausgaben im Betrage von 10.000 DM und darüber im II. und III. Vierteljahr 1949 übersandt.

Im Auftrag
Dr. Oeftering

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei Gebr. Scheur, Bonn
Allein-Vertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Straße 30,
und Wiesbaden, Nietzschestraße 1

Übersicht

über die über- und außerplanmäßigen Haushaltsausgaben

im Betrage von 10 000 DM und darüber

II. Vierteljahr 1949

Kap.	Tit.	Haushaltsbetrag für 1949	Betrag der überplanmäßigen und der außerplanmäßigen Ausgaben DM	Begründung
			Einzelplan IIIa — Personalamt —	
1	16	42 000	50 000	Bewirtschaftung von Dienstgrundstücken und Diensträumen Mehrbedarf an vertraglich vorauszuzahlender Miete für die zusätzlich angemieteten Diensträume in 2 Stockwerken des Grundstückes Frankfurt/M., An der Hauptwache 7/8 (Pariser Hof). Die Vorauszahlung wird auf die Miete der folgenden 3 Rechnungsjahre angerechnet. Einsparung bei den übrigen Titeln des Kap. 1.
			Einzelplan IV — Verwaltung für Verkehr —	
2	33	5 000	45 000	Ersatzleistung infolge von Schiffsunfällen Am 15. Oktober 1948 ist der Schleppdampfer „Lenchen" mit 4 beladenen Kähnen im Schlepp auf dem Rhein oberhalb der Hammer Eisenbahnbrücke auf einen unter Wasser liegenden Betonklotz aufgefahren, hat sich den Schiffsboden des Vorschiffes aufgerissen und ist durch die auflaufenden Kähne schwer beschädigt worden; die Vorderkajüte ist voll Wasser gelaufen. Das Schiffahrtsgericht des Amtsgerichts Duisburg-Ruhrort hat am 13. April 1949 die Verwaltung für Verkehr, vertreten durch die Wasserstraßendirektion Duisburg, zur Tragung des gesamten entstandenen Schadens am Schiffskörper und an den Einrichtungsgegenständen der Kajüte, sowie zum Ausgleich des Verdienstverlustes — insgesamt 60 000 bis 62 000 DM — verurteilt. Der Schiffseigner, der zugleich Kapitän des Schiffes war, hat sich im Vergleich mit einer Zahlung von 45 000 DM für den gesamten Schaden als abgefunden erklärt.

Kap.	Tit.	Haushaltsbetrag für 1949	Betrag der überplanmäßigen und der außerplanmäßigen Ausgaben DM	Begründung
				Einzelplan IV — Verwaltung für Verkehr —
9	33	8 000	352 000	Herstellung von Kennzeichenschildern Mehr infolge längerer Beibehaltung des Verfahrens der geprägten Kennzeichenschilder und damit der zentralen Belieferung. Den Mehrausgaben stehen entsprechende Mehreinnahmen beim Einnahmetitel 6 gegenüber.
E 14	2	+ 108 000	350 000	Beseitigung von Kriegsschäden, 3. Teilbetrag Der ursprünglich für den in Belgien erworbenen Tonnenleger „Langeoog" vorgesehene Einbau von Spezialeinrichtungen konnte zweckmäßiger bei dem noch im Bau befindlichen Tonnenleger „Ersatz Coldewey" vorgenommen werden. Hierdurch verteuerte sich der Bau um rund 350 000 DM, die bei dem veranschlagten Betrag für den Erwerb des Tonnenlegers „Langeoog" erspart wurden. 350 000 DM werden bei Kap. E 14 Tit. 19 eingespart.
				Einzelplan V — Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten —
5	23	550	10 891	Vermischte Ausgaben Die Mehrausgabe ist durch die Erstattung anteiliger Kosten für auftragsweise Wahrnehmung von Kassengeschäften durch das Land Schleswig-Holstein im Rechnungsjahr 1948 verursacht worden.
				Einzelplan IX — Verwaltung für Finanzen — Beschaffung von Dienstkraftwagen
E 11	3	17 000	17 000	Es hat sich als dringend erforderlich herausgestellt, dem Direktor der VfF einen größeren Dienstkraftwagen zur Verfügung zu stellen, der sich für häufig notwendige Fernfahrten eignet, gleichzeitig Arbeitsmöglichkeit während der Fahrt bietet (Gelegenheitskauf) und dem zukünftigen Bundesminister der Finanzen sofort zur Verfügung gestellt werden konnte (Errichtung des Bundesfinanzministeriums unmittelbar bevorstehend).

III. Vierteljahr 1949

Kap.	Tit.	Haushaltsbetrag für 1949	Betrag der überplanmäßigen und der außerplanmäßigen Ausgaben DM	Begründung
				Einzelplan IIIa — Personalamt (Abwicklung) —
1	21	22 000	20 000	Umzugskosten und Umzugskostenbeihilfen Mehraufwand infolge der Zuweisung von Wohnungen in größerem Umfange, als erwartet werden konnte, sowie an erhöhten Transportkosten für die Überführung von Umzugsgut aus Berlin. Einsparung bei Kap. 1 Tit. 1.

Kap.	Tit.	Haushaltsbetrag für 1949	Betrag der überplanmäßigen und der außerplanmäßigen Ausgaben DM	Begründung
				Einzelplan VIII — Bundesminister der Finanzen —
1	7,a	65 000	25 000	Trennungsentschädigungen an versetzte Beamte und Angestellte Der am Schluß des Rechnungsjahres und im Laufe 1949 eingetretene erhebliche Zugang an Trennungsentschädigungsempfängern konnte bei Aufstellung des Haushalts 1949 nicht mehr berücksichtigt werden. Es werden deshalb in der angegebenen Höhe Mehrausgaben erforderlich. Auch die Fertigstellung von Wohnungen, die den Wegfall von Trennungsentschädigungen zur Folge hat, konnte diesen Mehrbedarf nicht ausgleichen. Einsparung von 25 000 DM bei Kap. 1 Tit. 32.
1	14	69 000	35 000	Post-, Telegrafen- und Fernsprechgebühren usw. Mehr durch Neuanlage, Verlegung von Fernsprechanschlüssen, Umbau der gesamten Fernsprechanlage und erhebliche Mehrausgaben für Nah- und Ferngespräche infolge wesentlicher Erweiterung der bisherigen Arbeitsgebiete und Übernahme neuer. Einsparung bei Tit. 23 in Höhe von 25 000 DM und bei Tit. 32 in Höhe von 10 000 DM.
1	19	35 000	20 000	Reisekosten Mehr durch wesentliche Erweiterung der bisherigen und Übernahme neuer Arbeitsgebiete sowie durch Dienstreiseaufträge zur Verbindungsstelle Bonn.
1	21	20 000	40 000	Umzugskosten und Umzugskostenbeihilfen Aus den Mitteln für 1949 mußten die Kosten für 11 Umzüge bestritten werden, deren Abrechnung für 1948 vorgesehen war. Weiterhin bedingt die unvorhergesehene Zuweisung von 59 Wohnungen die Beanspruchung der Mittel für Umzugskosten über den Ansatz hinaus. Einsparung: Keine.
				Einzelplan IX — Bundesministerium für Wirtschaft —
3	7,a	40 000	20 000	Trennungsentschädigungen an versetzte Beamte und Angestellte Mehrbedarf infolge Einstellung von auswärtigen Kräften, denen noch keine Wohnungen zur Verfügung gestellt werden konnten.
3	16	105 500	54 500	Bewirtschaftung von Dienstgrundstücken und Diensträumen Die Mehrausgaben sind durch Erhöhung der Mieten sowie der Strom- und Heizungskosten bedingt.
3	21	10 000	10 000	Umzugskosten und Umzugskostenbeihilfen Im Rechnungsjahr 1949 wurden mehr Wohnungen zugewiesen, als bei Aufstellung des Haushaltsplans vorgesehen war.
E 11	hinter 7	—	5 434 000	siehe Anlage. — außerplanmäßig —.

Kap.	Tit.	Haushaltsbetrag für 1949	Betrag der überplanmäßigen und der außerplanmäßigen Ausgaben DM	Begründung
				Einzelplan X — Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten —
1	21	50 000	30 000	Umzugskosten und Umzugskostenbeihilfen Im Zusammenhang mit der Durchführung des bizonalen Bauprogramms und infolge weiterer Zuweisungen von Wohnungen sind in einem nicht erwarteten Umfang Umzugskosten angefallen. Die Mehrausgaben sind zwangsläufig.
	hinter 62		12 500	Kosten der Bekämpfung von Lebensmittelkartenfälschungen — außerplanmäßig — Ersatz für entstandene Mehrkosten zur Bekämpfung von Lebensmittelkartenfälschungen durch das Kriminalpolizeiamt für die brit. Zone in Hamburg infolge Personaleinstellung.
5	7	2 200	21 400	Trennungsentschädigungen an versetzte Beamte und Angestellte, Fahrkosten für versetzte und auswärts beschäftigte Beamte und Angestellte zum Besuch der von ihnen getrenntlebenden Familie Das Land Schleswig-Holstein hat seit 1946 im Gegensatz zur Verw. des Vereinigten Wirtschaftsgebiets Trennungsentschädigungen im Sinne des Titels 7,a und Fahrkosten im Sinne des Titels 7,b nur an solche Beamte und Angestellte gezahlt, die im Geschäftsbereich der Landesregierung versetzt oder abgeordnet sind, nicht aber an neueingestellte Angestellte und Arbeiter. Bei der Überleitung der Milchforschungsanstalt auf den Haushalt der VELF sind die erforderlichen Ausgabemittel 1948/49 für Neueingestellte nicht berücksichtigt worden, so daß die überplanmäßige Bereitstellung der erforderlichen Mittel für das RJ 1949 für gerechtfertigt gehalten wird.
E 11	8	—	20 129,85	Technische Durchführung der internationalen Kartoffelkäfer-Bekämpfungssonderaktion Das Land Dänemark hat über das Internationale Komitee zur Bekämpfung des Kartoffelkäfers zur Intensivierung der Kartoffelkäferbekämpfung im Grenzgebiet Schleswig einen Betrag von 1500 Pfund Sterling mit einem Verrechnungswert von 20 129,85 DM der VELF zur Verfügung gestellt. Die Bekämpfungsmaßnahmen werden durch das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Kiel durchgeführt. Die Vereinnahmung des Betrages von 20 129,85 DM erfolgt als außerplanmäßige Einnahme bei E. Pl. V Kap. 1 hinter Tit. 12.

Kap.	Tit.	Haushaltsbetrag für 1949	Betrag der überplanmäßigen und der außerplanmäßigen Ausgaben DM	Begründung
				(Fortsetzung Einzelplan X — Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten —)
E 11	hinter 21	—	250 000	Ersatz für entstandene Verluste aus der Frühkartoffellieferung 1948 infolge Unterschreitens der Erzeugerpreise — außerplanmäßig — Infolge Überangebotes von Frühkartoffeln im Jahre 1948 mußten die aus Niedersachsen mit Zustimmung der VELF in die französische Zone gelieferten Mengen unter dem Erzeugerpreis abgesetzt werden. Für die dadurch entstandenen Verluste haben die Kartoffelversandhändler gegen das Land Niedersachsen Ersatzansprüche im Ausmaß von 1 230 245 DM geltend gemacht. Da die Möglichkeit besteht, daß die VELF zum Ersatz des entstandenen Verlustes ganz oder doch wenigstens teilweise verurteilt werden könnte, ist im Hinblick auf diese zweifelhafte Rechtslage ein Vergleich auf der Grundlage einer Zahlung von 250 000 DM an das Land Niedersachsen abgeschlossen worden.
E 20	hinter 2	—	11 600	Erweiterung der Fernsprechanlage — außerplanmäßig — Die Mittel sind bestimmt zur Erweiterung der der Außenhandelsstelle von der Verw. f. Ernährung, Landw. und Forsten überlassenen Fernsprechanlage.
				Einzelplan XII — Bundesministerium für Verkehr —
1	13	21 000	10 000	Bücherei Die Bücherei der Verwaltung für Verkehr ist mit Fachliteratur nur unzureichend ausgestattet. Da der Ankauf fachwissenschaftlicher und fachtechnischer, sowie juristischer Werke auf dem Büchermarkt jetzt wieder möglich ist, muß die für den Dienstbetrieb unentbehrliche Fachliteratur einschließlich der statistischen Werke auf demVerkehrsgebiet umgehend käuflich erworben werden. 10 000 DM werden bei Kap. 1 Tit. 23 eingespart.
2	7,a	200 000	100 000	Trennungsentschädigungen an versetzte Beamte und Angestellte Der Ausbau von Wohnungen in kriegsbeschädigten Häusern konnte nicht in dem Umfange betrieben werden, daß hierdurch die gegenüber den Ausgaben des Rechnungsjahres 1948 erwartete Ersparnis an Trennungsentschädigung eingetreten wäre. Es wurden demnach Haushaltsmittel in ungefähr gleicher Höhe wie im abgelaufenen Rechnungsjahr benötigt. Bei Kap. 2 Tit. 1 und 4 werden je 50 000 DM eingespart.

Kap.	Tit.	Haushaltsbetrag für 1949	Betrag der überplanmäßigen und der außerplanmäßigen Ausgaben DM	Begründung
				(Fortsetzung Einzelplan XII — Bundesministerium für Verkehr —)
2	8	10 000	28 000	**Übergangsgelder an Angestellte und Lohnempfänger** Für die Zahlung von Übergangsgeldern an Angestellte und Lohnempfänger, die infolge Dienstunfähigkeit, Erreichens der Altersgrenze oder Personalverminderung entlassen werden mußten, reichten die Haushaltsmittel nicht aus.
4	7,a	60 000	49 000	**Trennungsentschädigungen an versetzte Beamte und Angestellte** Der Ausbau von Wohnungen in kriegsbeschädigten Häusern konnte nicht in einem Umfange betrieben werden, daß hierdurch die erwarteten Ersparnisse an Trennungsentschädigungen gegenüber den Ausgaben des Rechnungsjahres 1948 eingetreten wären, zumal durch Versetzungen und Neubesetzungen freigewordener Stellen neue Empfänger von Trennungsentschädigungen hinzugekommen sind. Die Planmittel reichten daher selbst bei teilweise erheblicher Kürzung der Sätze nicht aus. 49 000 DM werden bei Kap. 4 Tit. 1 eingespart.
6	4	1 503 400	72 500	**Hilfsleistungen durch nichtbeamtete Kräfte** Mehr infolge Erhöhung der Vergütungen der Angestellten der unteren Vergütungsgruppen und der Arbeiterlöhne, die im Haushalt nicht mehr berücksichtigt werden konnte, infolge Erhöhung der Arbeitgeberanteile nach dem Sozialversicherungs-Anpassungsgesetz und infolge Einstellung von 13 Kräften für die Druckerei anstelle der Vergebung der Arbeiten. 20 000 DM werden bei Kap. 6 Tit. 35 und 52 500 DM bei Kap. E 16 Tit. 1 eingespart.
9	4	564 000	50 000	**Hilfsleistungen durch nichtbeamtete Kräfte** Mehr infolge Einstellung weiterer Kräfte zur Erledigung der durch Erhöhung der Kraftfahrzulassungen, Ausdehnung der Kraftfahrzeugerfassung und Statistik auf die französische Zone aufgekommenen Mehrarbeiten. Hierdurch voraussichtliche Mehreinnahme von 510 000 DM bei Einn.-Kap. 9 Tit. 3.
9	33	8 000	440 000	**Herstellung von Kennzeichenschildern** Mehr infolge längerer Beibehaltung des Verfahrens der geprägten Kennzeichenschilder und damit der zentralen Belieferung. Den Mehrausgaben stehen erhöhte Einnahmen beim Einnahmetitel 6 gegenüber.

Kap.	Tit.	Haushaltsbetrag für 1949	Betrag der überplanmäßigen und der außerplanmäßigen Abgaben DM	Begründung
				(Fortsetzung Einzelplan XII — Bundesministerium für Verkehr —)
10	21	2 000	10 000	Umzugskosten und Umzugskostenbeihilfen Infolge vermehrter Erstellung von Wohnraum im lfd. Rechnungsjahr konnten mehr Umzüge angeordnet werden, als bei Aufstellung des Voranschlages im Haushalt 1949 veranschlagt worden war. 10 000 DM werden bei Kap. 10 Tit. 7,a eingespart.
11	21	3 000	10 000	Umzugskosten und Umzugskostenbeihilfen Infolge vermehrter Erstellung von Wohnraum im laufenden Rechnungsjahr konnten mehr Umzüge angeordnet werden, als bei Aufstellung des Voranschlages zum Haushalt 1949 veranschlagt worden war.
E 11	hinter 8	—	20 000	Beschaffung von je 1 Dienstkraftwagen für den Bundesminister für Verkehr und den Staatssekretär — außerplanmäßig — Im Zuge des Aufbaus des Bundesministeriums für Verkehr hat sich die Anschaffung von je 1 Dienstkraftwagen (Mercedes-Benz 170 S) für den Bundesminister für Verkehr und den Staatssekretär als nicht vorhersehbares, unabweisbares Bedürfnis herausgestellt. 20 000 DM werden bei Kap. E 12 Tit 1 eingespart.
E 14	10	250 000	35 000	Uferbefestigungen an der Oste oberhalb von Geversdorf, 4. Teilbetrag Die Anlieger an der Oste hatten sich bereiterklärt, im Jahre 1949 einen Beitrag in Höhe von 35 000 DM zu den Kosten der Uferbefestigungen zu leisten, wenn dieses Geld dazu verwendet würde, die Bauarbeiten zu beschleunigen. Da mangels eines entsprechenden Zusatzes in der Zweckbestimmung des Titels die Beiträge den Mitteln nicht zufließen konnten, mußten sie bei den Einnahmen gebucht werden, und es blieb nur übrig, die Ausgabemittel im Wege des Vorgriffs in gleicher Höhe zu überschreiten.
E 14	hinter 22	—	700 000	Bergung und Wiederinstandsetzung des durch Minenexplosion schwer beschädigten Tonnenlegers „Coldewey" — außerplanmäßig — Die Bergung und Wiederinstandsetzung des am 5. Juli 1949 durch Minenexplosion beschädigten Tonnenlegers „Coldewey" mußte aus dienstlichen Gründen sofort durchgeführt werden; sie erforderte einen Kostenaufwand von rd. 700 000 DM. Haushaltsmittel standen hierfür nicht zur Verfügung.

„Nach dem Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1948, Einzelpl. VI, Kap. E 11, Tit. 9, waren als Subventionen für den Steinkohlenbergbau 60 700 000 Reichsmark zu zahlen; dieser Betrag war entsprechend dem Ansatz beim Einzelplan VI, Einnahmekapitel 1 Tit. 11 von den Ländern zu erstatten.

Im Juni 1948 war ein Teilbetrag von 22 500 000 Reichsmark zu entrichten.

Die Anteile der Länder betrugen:

a) britische Besatzungszone	11 250 000 RM	
b) Bayern	5 400 000 „	
c) Württemberg-Baden	2 700 000 „	
d) Hessen	2 700 000 „	
e) Bremen	450 000 „ =	22 500 000 RM

Die Beträge zu a) =	11 250 000 RM	
und zu c) =	2 700 000 „ =	13 950 000 „

wurden von den Ländern der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes vor der Währungsreform (20. Juni 1948) überwiesen und gutgeschrieben, so daß sie entsprechend der Zweckbestimmung verwendet werden konnten.

Die Beträge zu b) =	5 400 000 RM	
und zu d) =	2 700 000 „ =	8 100 000 „

wurden von den Ländern zwar kurz vor der Währungsreform überwiesen, jedoch der Amtskasse der Verwaltung für Wirtschaft erst am 21. Juni und 22. Juni 1948 gutgeschrieben, so daß die Überweisung an die deutsche Kohlenbergbauleitung auf Grund der Vorschriften im Ersten Abschnitt § 8 und im Sechsten Abschnitt, § 18 Ziffer 1 des Währungsgesetzes nicht mehr durchgeführt werden konnte. Der Betrag von 8 100 000 RM war verfallen. (Vergl. Haushaltsrechnung für das Rechnungsjahr 1948 E.Pl. VI, Ein.Kap. 1 Tit. 11).

Der Betrag zu e) in Höhe von — 450 000 „
war von Bremen nicht überwiesen worden.

Zur vollen Deckung des Bedarfs von 22 500 000 RM fehlten somit die Beträge zu b), d) und e) von insgesamt 8 550 000 RM.

Da nach dem endgültigen Abrechnungsergebnis für Juni 1948 nicht 22 500 000 RM sondern nur 21 100 000 RM zu zahlen waren, verringerte sich der Fehlbetrag um — 1 400 000 RM

auf — 7 150 000 RM

Dieser Betrag war nach dem 20. Juni 1948 in Deutscher Mark zu entrichten. Wegen der Dringlichkeit der Zahlung ist s. Zt. die Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes für die Länder mit 7 150 000 DM in Vorlage getreten.

Der Finanzausschuß des Länderrats hatte sich am 1. Juli 1948 bereit erklärt, diesen Betrag zu übernehmen und anteilmäßig von den Ländern wie folgt zahlen zu lassen:

a) britische Besatzungszone	3 575 000 DM	
b) Bayern	1 716 000 „	
c) Württemberg-Baden	858 000 „	
d) Hessen	858 000 „	
e) Bremen	143 000 „ =	7 150 000 DM

Der Erstattung ist nur Bayern mit nachgekommen, da es tatsächlich den Betrag verspätet überwiesen hatte, die anderen Länder (außer Bremen) verweigerten die Erstattung mit der Begründung, daß bei den Ländern kein Verschulden liege. Von der weiteren Verfolgung der Einziehung des Anteils von Bremen ist im Hinblick auf die Höhe dieses Anteils im Verhältnis zu den andern Abstand genommen worden.	1 716 000 DM
Es verbleibt somit ein Fehlbetrag von	5 434 000 DM

Da nach den genannten Umständen keine Aussicht besteht, daß sich die Länder zu einer Zahlung bereitfinden werden, mußte der Betrag von 5 434 000 DM im Haushalt der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets außerplanmäßig verausgabt werden."